



Barthle-Brief

Nr. 73

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

15.3.2013

Thema der Woche:

Große Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung

Deutschland muss „mit gutem Beispiel vorangehen“ – Kritik an Blockade von Rot-Rot-Grün im Bundesrat

Das Bundeskabinett hat an diesem Mittwoch die Eckwerte für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 beschlossen. Anschließend informierte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den Haushaltsausschuss. Zu den Eckwerten erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle: „Die Eckwerte zeigen die großen Erfolge der schwarz-gelben Koalition bei der Haushaltskonsolidierung: 2014 erreichen wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Die ursprünglich für 2014 geplante Neuverschuldung wird von 13,1 Milliarden auf 6,4 Milliarden Euro gedrückt. Und ab 2015 wird der Bund keine neuen Schulden mehr machen, sondern mit der Altschuldentilgung beginnen.“ Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel propagieren stattdessen in dem am Montag dieser Woche vorgestellten Wahlprogramm der SPD zur Haushaltskonsolidierung nur wachstumsfeindliche Steuer- und Abgabenerhöhungen. Und in NRW hat Rot-Grün sogar drei Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Die Koalition zeigt indes, dass der Bundeshaushalt auch ohne wirtschafts- und mittelstandsfeindliche Maßnahmen auf hervorragendem Weg ist und die Schuldenbremse übererfüllt werden kann.

Ein wesentlicher Grund für diese Erfolge ist die strikte Ausgabendisziplin. 2014 will der Bund rund 297 Milliarden Euro ausgeben und damit gut fünf Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr und sogar zehn Milliarden Euro weniger als im vergangenen Jahr. Bei steigenden Steuereinnahmen ist das eine besondere Leistung, weil die Wünsche nach Mehrausgaben normalerweise überproportional steigen. Diese Tatsachen widersprechen auch der Behauptung der Opposition, dass der Koalition die Haushaltserfolge in den Schoß fallen. „National werden wir die erfolgreiche wachstumsfreundliche Konsolidierung fortsetzen und die richtigen Ausgabenschwerpunkte wie im Bereich Bildung und Forschung und bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur beibehalten“, so Barthle weiter.

„Damit wir in den Folgejahren mit der Tilgung der Altschulden beginnen können, brauchen wir weiterhin gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir den Weg der Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers zur Stabilisierung der Eurozone weiter unterstützen.“

Abgeordnete der Unionsfraktion haben ebenfalls am Mittwoch anlässlich einer „Aktuellen Stunde“ im Deutschen Bundestag die rot-rot-grüne Mehrheit im Bundesrat scharf kritisiert, weil diese die Umsetzung des europäischen Fiskalpaktes in nationales Recht blockiert. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, sagte, es werfe ein seltsames Licht auf Deutschland, wenn es in Europa für stabile Finanzen eintrete, aber wegen des Föderalismus zu Hause ein entsprechendes Gesetz nicht umsetze. Der Bund werde aber unabhängig von den „taktischen Spielchen der Länder“ seine Verpflichtungen in Europa einhalten, versprach Kampeter. Hintergrund: Der Fiskalpakt, den alle EU-Mitgliedstaaten außer Großbritannien und Tschechien vereinbart haben, sieht strikte Haushaltsdisziplin und eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich besonders für den Fiskalpakt als Gegenstück zum europäischen Rettungsschirm stark gemacht. Da 17 der beteiligten 25 EU-Mitglieder den Fiskalpakt ratifiziert haben, ist er formal bereits in Kraft. Die Länderkammer, in der seit der Niedersachsen-Wahl SPD, Grüne und Linke die Mehrheit haben, lehnt das Gesetz zur Umsetzung des Fiskalpaktes nun ab.

Nun müssen Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss nach einem Kompromiss suchen. Die CDU ist überzeugt, dass Europa momentan in einer kritischen Phase der Krisenbewältigung ist: Deutschland muss daher bei der Umsetzung des Fiskalpaktes mit gutem Beispiel vorangehen. Angesichts dessen ist es ein politisches Trauerspiel und fast unerträglich, dass Rot-Rot-Grün die Länderkammer für parteipolitische Interessen missbraucht, ihrer Verantwortung nicht gerecht wird und falsche Signale in Richtung Europa sendet.

Klares Bekenntnis zu Stuttgart 21

Nach der Entscheidung des Bahn-Aufsichtsrates zum Weiterbau von Stuttgart 21 am 5. März 2013 haben an diesem Mittwoch auf Wunsch der Koalition im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bahn AG Utz-Hellmuth Felcht sowie der Vorstandsvorsitzende Rüdiger Grube über die Kostenentwicklung beim Bahnprojekt Stuttgart 21 berichtet. Unsere Meinung: Wer bestellt, muss auch zahlen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Projektpartner – das Land Baden-Württemberg, den Verband Region Stuttgart und die Stadt Stuttgart – auf, die Verantwortung für die Mehrkosten zu übernehmen. Aufgrund der Schlichtungsgespräche mit Heiner Geißler und des Filderdialogs sind weitere Wünsche an das Bauprojekt in einer Bausumme von 300 Millionen Euro entstanden – diese Mehrkosten müssen solidarisch getragen werden. Sonst müssten die Projektpartner den Menschen in der Region eingestehen, welche Bauvorhaben storniert werden müssten: die zweigleisige westliche Anbindung des Flughafenbahnhofs, die Ausrüstung aller Strecken mit doppelter Leitungs- und Sicherungstechnik, der Erhalt der Gäubahn mit Anbindung an den Bahnknoten Stuttgart. 240 Millionen zusätzliche Kosten entstehen allein aus dem Filderdialog. Hier hat die neue Landesregierung in Baden-Württemberg in einem komplizierten Verfahren Bürgerinnen und Bürger eingeladen, sich an den Planungen für einen verbesserten Abschnitt auf den Fildern zu beteiligen – mit dem Ergebnis einer weitaus teureren Variante, die die Verlegung des geplanten Flughafen-Bahnhofs fordert. Es ist politischer Opportunismus, sich mit den Lorbeeren einer erfolgreichen Schlichtung und des Filderdialogs zu schmücken, die finanziellen Konsequenzen jedoch an die Deutsche Bahn und den Bund abzuschieben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Projektpartner auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Teilzeitarbeit darf nicht in die Sackgasse führen

Spitzen aus Bundesregierung, Gewerkschaften und Wirtschaft haben an diesem Dienstag beim Familiengipfel Maßnahmen zur Arbeitsplatzgestaltung beraten. Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach sich für einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitstelle aus: „Das geltende Teilzeitrecht muss den Wünschen der Beschäftigten und den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt Rechnung tragen. Daher sind Änderungen notwendig. Fast zwei Millionen der

Teilzeitbeschäftigten würden gerne mehr arbeiten. Dieses Wertschöpfungspotential bleibt bisher ungenutzt. Dabei brächte ein Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitstelle Vorteile sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber. Daher sollte Teilzeit nicht wie bisher für unbestimmte Zeit, sondern für eine vereinbarte zeitlich begrenzte Dauer in Anspruch genommen werden. Teilzeitbeschäftigte wären berechtigt und verpflichtet, nach deren Ablauf auf ihren Stellenumfang zurückzukehren. Dies bringt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber die benötigte Planungssicherheit. Damit Arbeitgeber nicht unzumutbar belastet werden, könnte die Arbeitszeitaufstockung dann abgelehnt werden, wenn dringende betriebliche Gründe entgegenstehen. Die oftmals geltende Regel einmal Teilzeit – immer Teilzeit muss durchbrochen werden. Für Väter und Mütter, die einige Jahre ihre Arbeitszeit reduzieren, um sich intensiver um die Kindererziehung zu kümmern, darf Teilzeitarbeit nicht in die Sackgasse führen. Vor allem Frauen hindert Teilzeitarbeit an einem weiteren Erwerbs- und Karriereverlauf und einer guten Alterssicherung. Hier böte der Rechtsanspruch, zur früheren Arbeitszeit zurückzukehren oder Arbeitszeit aufzustocken, Hilfe.

Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022

Anlässlich einer Regierungserklärung zum Netzausbau bekräftigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag das Ziel der Bundesregierung, bis 2022 aus der Kernkraft auszusteigen. Ohne dafür die Voraussetzungen bei der Infrastruktur zu schaffen, könne dieses Vorhaben aber nicht gelingen, sagte er. Damit die Stromversorgung in Deutschland sicher und bezahlbar bleibe, würden mehrere tausend Kilometer neue Stromtrassen gebraucht. Nur so könne künftig Strom aus erneuerbaren Energien tatsächlich zu allen Verbrauchern gelangen. Die Planungsphase soll für 36 Vorhaben von zehn auf vier Jahre deutlich verkürzt werden. Der Bundeswirtschaftsminister forderte die Bundesländer auf, sich an der Energiewende konstruktiv zu beteiligen, und die Blockadehaltung aufzugeben. Seit mehreren Monaten verhindert der Bundesrat das Gesetz zur Gebäudesanierung, das ein Investitionsvolumen von 1,5 Milliarden Euro umfasse und ältere Gebäude energieeffizienter machen soll.

Zitat:

„Möge Gott euch vergeben, was ihr getan habt.“
(Papst Franziskus scherzhaft nach seiner Wahl zu den Kardinälen beim Abendessen im vatikanischen Gästehaus Santa Marta an diesem Mittwoch)